

JENS BECKER, HARALD JENTSCH

Parteikommunismus in der Weimarer Republik.

Rund zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus reduziert sich das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung auf eine kleine Schar von Wissenschaftler/innen und Hobbyhistoriker/innen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten – Forschungsgelder dafür fließen bekanntlich spärlich – die nunmehr zugänglichen Archivalien, etwa zur Geschichte des deutschen Parteikommunismus, auswerten. Ein Workshop über Klaus Kinner's Studie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Weimarer Republik¹ Ende Januar 2000 in Elgersburg (Thüringen) mit 15 Teilnehmer/innen war dafür ein beredtes Beispiel.

Sorgte Klaus-Michael Mallmann vor wenigen Jahren mit seiner Habilitationsschrift² für einigen Wirbel im Wissenschaftsbetrieb, weil er in einem Rundumschlag den Granden der westdeutschen KPD-Forschung³ schlicht die Kompetenz abstritt, mit ihrem politik- und organisationszentrierten Ansatz, in dem das Paradigma der Moskauer Fernsteuerung der KPD und anderer Bruderparteien in den Vordergrund gestellt wird⁴, die reale Geschichte der kommunistischen Bewegung und ihrer Mitglieder erklären zu können, so blieb Kinner bescheiden, in dem er sich – manchmal vielleicht zu ausführlich – auf die Quellen konzentrierte und sich mit Bewertungen zurückhielt. Seine Rekonstruktion des kommunistischen Politikentwurfes kann daher ein ziemlich hohes Maß an Plausibilität für sich beanspruchen, wenn man sich auf seine Logik, den Blick auf die Parteiführung und -struktur, die Fraktionskämpfe usw. einläßt.

Zweifelsohne war die KPD keine von Moskau gesteuerte Bürgerkriegs- und Umsturzpartei. Im Windschatten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und bedingt durch den katastrophalen Verlauf des Ersten Weltkrieges und die dadurch ausgelöste radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems konnte die radikale Linke ihre Position ausbauen.

Das Faktum der russischen Revolutionen von 1917, so Kinner, formte in den Jahren, nach der von Sozialdemokraten und Bürgertum erstickten Novemberrevolution, bei vielen Kommunisten ein Wunschbild vom sozialistischen Staat aller Werktätigen, das zur politischen und psychischen Barriere gegen eine Integration in der Weimarer Republik wurde. Viele hatten Schwierigkeiten, sich mit deren politischen System – und sei es nur auf Zeit – zu arrangieren. Dagegen wurde immer wieder der Zusammenbruch des Kapitalismus und die »Aktualität der Revolution« (Georg Lukács) be-

Jens Becker – Jg. 1964, Dipolm-Politologe, ist zur Zeit Mitarbeiter der AG Soziale Infrastruktur an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, promoviert über den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler.

Harald Jentsch – Jg. 1959, Diplompolitikwissenschaftler, promoviert an der TU Darmstadt zur Rolle und Funktion der KPD im und nach dem Jahr 1923.

1 Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. 1. Die Weimarer Zeit), Berlin 1999.

2 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

3 Vgl. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

4 Vgl. dazu die instruktive Abhandlung von Sigrud Koch-Baumgarten: Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der

Weimarer Republik?, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK), 34. Jg., März 1998, Heft 1, S. 182-189.

schworen, was teilweise zu grotesken und folgenschweren Fehlschlüssen (Märzaktion 1921, »Deutscher Oktober« 1923 oder die Sozialfaschismusthese ab 1924), teilweise aber auch zu realistischeren Konzepten (Einheitsfront, Arbeiterregierung) führte.

Anders als für Mallmann spielt für Kinner der Kampf verschiedener politischer Linien, zwischen »linken« Voluntaristen und »rechten« Realisten eine wichtige Rolle. 1923, das Jahr der Hyperinflation und des fehlgeschlagenen »deutschen Oktober« war eine Zäsur, weil unter Verletzung der innerparteilichen Demokratie wichtige Parteiführer (Brandler, Thalheimer u.a.) degradiert und entmachtet wurden, um vom Versagen der Komintern-Führung abzulenken. Dagegen markierte das Jahr 1928/29 das »Ende des eigenständigen deutschen Parteikommunismus« (Kinner), weil dessen Selbständigkeit im Zuge der Eingriffe von außen, die während der Thälmann-Wittorf-Affäre von Moskau erfolgten, aufhörte zu existieren. Diese unstrittigen Befunde finden sich auch schon bei Hermann Weber. Der einsetzende Linkskurs, parallel dazu verlief die »Stalinisierung« der KPD, stieß vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der »Politisierung« der Massen auch bei der KPD-Basis auf Zustimmung. Die wortradikale Politik des »Thälmannschen ZK« 1929-1933 umschreibt Kinner mit dem Terminus »desorientierter Antifaschismus«. Bewaffneter Widerstand wäre 1933 ein Abenteuer gewesen.

Indessen scheint den langjährigen Kommunismusforscher, der nunmehr als Geschäftsführer des sächsischen Rosa-Luxemburg-Vereins und Mitglied der Historischen Kommission der PDS dort die geschichtspolitischen und -wissenschaftlichen Weichen stellt, der derzeit in der Historikerzunft schwelende Streit,⁵ ob und inwieweit exogene oder endogene Faktoren zum Entstehen eines autoritären Kommunismus in Deutschland beigetragen haben, nur am Rande zu interessieren. Obwohl es hier um Grundsatzfragen, etwa um eine radikale Historisierung der Leistungen des deutschen und internationalen Kommunismus, geht und die kritische Diskussion darüber zur Normalität einer Parteihistoriographie gehört. Letzteres thematisierte Elke Reuter (Berlin) mit ihrer Frage, ob die Zeit für eine objektive Bewertung der kommunistischen Geschichte schon reif sei. Schließlich habe für die marxistisch-leninistische Historiographie die KPD als höchste theoretische Instanz gegolten, doch was bleibe heute noch von ihren theoretischen Leistungen übrig?

Merkwürdigerweise unterläßt Kinner die von ihm selbst geforderte – und von Mallmann praktizierte – Auseinandersetzung mit den proletarischen Milieus, auf die sich die KPD stützen konnte. Sowohl Kinners Buch als auch seinen Elgersburger Ausführungen mangelt es an einer genaueren Untersuchung der »mental und milieugeprägten Verortungen« und der »politisch-ideologischen Standorte« der KPD-Anhänger/innen,⁶ um das keineswegs ungetrübte Verhältnis zwischen Parteiführung und Parteibasis beurteilen zu können. Statt dessen vernachlässigt er Methoden der Sozialgeschichtsschreibung und fällt zurück in eine politik- und organisationsgeschichtliche Vorgehensweise, die sich mit Cliquen- und Machtkämpfen, ideologischen Streitigkeiten etc. befaßt. Als sein

5 Vgl. Andreas Wirsching: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischen-gesellschaft«? Alte und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 45(1997), S. 449-469; Klaus-Michael Mallmann: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: VfZ, 47(1999), S. 401-415.

6 Vgl. Klaus Kinner: Der Deutsche Kommunismus..., a.a.O., S. 13.

künftiges Forschungsgebiet bezeichnete Kinner die Bildungsarbeit der KPD – bis in die untersten Parteigliederungen hinein.⁷ In der Tat sind genauere Untersuchungen über das Verhältnis von politischer Bildung, Bildungsniveau und Klassenbewußtsein der kommunistischen Basis und ihrer Führungskader notwendig, um zu prüfen, inwieweit der Anspruch, revolutionäre Avantgarde mit subversiven Zielsetzungen zu sein, mit der Realität übereinstimmt.⁸ Oder, um es in die Worte von Horst Helas (Berlin) zu fassen, »wieviel revolutionäre Theorie brauchte die Basis, wieviel Theorie wollte sie eigentlich haben?«

Insgesamt wurde Kinner's Buch⁹ von den Teilnehmer/innen des Workshops, der übrigens in einem ehemaligen Gebäude der KPD-nahen »Roten Hilfe« stattfand, positiv aufgenommen. Kritik gab es höchstens in Nuancen. So wurde seine These, die KPD habe 1925-27 versucht, revolutionäre Realpolitik zu betreiben ebenso bestritten, wie seine Annahme, eine von ihr 1932/33 glaubhaft initiierte Einheitsfrontpolitik hätte den parlamentarischen Durchmarsch und die »Machtergreifung« der NSDAP verhindern können. Der Antagonismus innerhalb deutschen Arbeiterorganisationen war in den frühen dreißiger Jahren so weit fortgeschritten, daß eine antifaschistische Aktionseinheiten Wunschdenken blieb.

Des weiteren berichteten die Teilnehmer/innen über ihre Forschungsvorhaben und -ergebnisse. Gerhard Knoch befaßt sich mit der Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Magdeburg/Anhalt. Erika und Josef Schwarz (Erfurt) untersuchen die Geschichte der »Roten Hilfe« in Thüringen. Reiner Tosstorffs Habilitation über die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI), Jens Beckers Promotionsvorhaben über Heinrich Brandler und Harald Jentschs Dissertationsprojekt über den »deutschen Oktober« 1923 belegen, daß sich der historischen Kommunismusforschung nach der Öffnung der Archive vielfältige Chancen bieten. Ulla Pleners Arbeit über Theodor Leipart ist kürzlich erschienen. Ferner planen Helas, Kinner und Reuter einen Fortsetzungsband zur Geschichte der KPD, der deren Widerstand gegen den Nationalsozialismus analysiert. Der Vorschlag, weitere Workshops und den Aufbau eines Netzwerkes für Forscher/innen und Interessierte durchzuführen, stieß auf große Resonanz.

7 Damit knüpft Kinner wieder an Forschungen der siebziger und achtziger Jahre an; vgl. Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917-1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin 1982.

8 Vgl. Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik ..., a.a.O., S. 213-219.

9 Vgl. Jens Becker in: Frankfurter Rundschau; Theodor Bergmann in: Widerspruch, Heft 38(1/2000).